

IB-1

Antragsteller*innen: Landesvorstand

Gegenstand: TOP 2: Aktuelle Lage / Grüne Innen- und Bürgerrechtspolitik

GRÜN. SICHER. FREI.

1 Grüne Politik für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und gegen Rechts

2 Das Vertrauen in rechtsstaatliche und demokratische Institutionen und das Zusammenle-
3 ben in unserer Gesellschaft ist in Teilen gestört. Fest verankert geglaubte Werte des Mit-
4 einanders scheinen teilweise verloren gegangen zu sein. Auf digitalen Plattformen findet
5 häufig kein Austausch statt, sondern es wird sich viel zu oft in einer Blase gleicher Mei-
6 nungen und Sichtweisen eingezäunt und ein verzerrtes Weltbild erzeugt. Diese Situation
7 findet sich in vielen westlichen Demokratien wieder. Gleichzeitig befördert die geopoliti-
8 sche Lage, mit Konflikten und Kriegen rund um uns herum, sei es in der Ukraine, in
9 Syrien oder in Nordafrika, sowie wachsende ökonomische Ungleichheiten und Sorgen vor
10 dem nächsten Crash, den Wunsch nach einfachen Antworten und einer „starken Hand“,
11 die durchgreift. Es sind Ängste vor der zunehmenden Globalisierung, Abstiegsängste oder
12 die Vorstellung, die Heimat zu verlieren, weil neue Menschen zuziehen. Misstrauen ei-
13 nerseits und der Wunsch nach starker Führung und einfachen Antworten andererseits,
14 drückt sich in unterschiedlichen Formen aus und wurde durch die schrecklichen Ereignis-
15 se in der Kölner Silvesternacht noch befeuert: Steigender Zuspruch zur AfD; Suche nach
16 neuen Medienangeboten, die vermeintlich die „reine Wahrheit“ versprechen; der steigen-
17 de Wunsch nach Abschottung und die Gründung von sogenannten Bürgerwehren, die die
18 Sicherheit selbst in die Hand nehmen und Selbstjustiz üben wollen. Diese Tendenzen be-
19 stärken den ohnehin bis in die Mitte der Bevölkerung vorhandenen Rassismus und andere
20 menschenverachtende Einstellungen.

21 Wir GRÜNE NRW sehen diese Entwicklung mit großer Sorge, diskutieren, was auch
22 wir besser und anders machen können. Vor allem aber geben wir nicht auf. Wir sind
23 entschlossen Demokratie und Freiheit zu verteidigen. Wir werden weiterhin gemeinsam
24 mit allen Demokratinnen und Demokraten für unseren Rechtsstaat und ein geeintes und
25 friedliches Europa streiten. Wir wollen eine offene, tolerante und gerechte Gesellschaft,
26 keine verschlossene. Zu diesem Aufbruch der Demokrat*innen rufen wir alle Menschen
27 und demokratischen Akteure auf.

28 Gleichzeitig zeigt sich die Mehrheit der Demokrat*innen seit Monaten Tag für Tag,
29 menschlich, entschlossen und unermüdet. Sei es in der unersetzlichen ehrenamtlichen

30 Arbeit der Betreuung von Geflüchteten oder im friedlichen Entgegentreten während ras-
31 sistischer Demonstrationen. Es ist eine gesellschaftliche Bewegung der Zuversicht, des An-
32 packens und der Solidarität. Dieser Bewegung, all diesen Menschen gilt nicht nur unser
33 Dank, sondern auch unsere politische Unterstützung.

34 Freiheit und Gerechtigkeit für alle Bürgerinnen und Bürger lassen sich nur in einer vitalen
35 Demokratie erreichen. Demokratische Politik soll politische Vielfalt ermöglichen. Transpa-
36 renz und Klarheit bei der Erarbeitung von Entscheidungsalternativen ist für unsere Politik
37 entscheidend. Wir treten sowohl für die Stärkung der parlamentarischen Demokratie als
38 auch für die Stärkung der Bürgerbeteiligung in allen staatlichen und gesellschaftlichen Be-
39 reichen ein. Demokratie muss angesichts der Globalisierung auch international bearbeitet
40 werden, dafür müssen die europäischen und internationalen Beziehungen die Perspektive
41 der Demokratie weiter entwickeln.

42 Wir sehen die Chance zur demokratischen Beteiligung als eine zentrale Gerechtigkeits-
43 frage. Der Kampf um Demokratie ist auch ein Kampf um Gerechtigkeit. Gerechtigkeit
44 zielt auch auf eine Teilhabe sämtlicher Einwohner*innen in Nordrhein-Westfalenan Mit-
45 bestimmung, unabhängig von der ökonomischen Lage, Herkunft, Geschlecht, sexueller
46 Identität, Religion oder anderen Merkmalen. Deshalb wollen wir die Einwohner*innen
47 von Nordrhein-Westfalen als Akteur*innen der Demokratie stärken.

48 Unser Demokratieverständnis zielt auf eine pluralistische Gesellschaft, in der unterschied-
49 liche Lebensformen und Lebensstile Platz haben. An die Stelle von Unterordnung und
50 Assimilation setzen wir Selbstbestimmung und Freiheit. Demokratie braucht selbstbe-
51 stimmte Menschen, die ihre Lebensentwürfe und ihre politischen Überzeugungen selbst-
52 bewusst zum Ausdruck bringen können. In einer Demokratie gilt der Respekt vor den
53 Rechten des/der Anderen.

54 Als moderne Bürgerrechtspartei wollen wir die Freiheitsrechte stärken und sie vor Angrif-
55 fen von staatlichen und nichtstaatlichen Akteur*innen schützen. Der Staat ist unserem
56 Verständnis nach nicht Gegenspieler einer offenen Gesellschaft. Wir wollen einen Staat,
57 der stark genug ist, sich gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern auch zurückzunehmen.
58 Wir wollen einen Staat, der wirtschaftliche, soziale und kulturelle Selbsttätigkeit zulässt
59 und fördert. Gleichzeitig gehören zu einer pluralistischen Einwanderungsgesellschaft auch
60 gemeinsame politische Zielvorgaben für das Zusammenleben. Diese sind für uns die zen-
61 tralen Werte unseres Grundgesetzes: Demokratie, Menschenwürde und Gleichheit aller
62 Menschen vor dem Gesetz.

63 **Aufstehen gegen Rechts!**

64 Angesichts der Demonstrationen und Gewalt gegen Geflüchtete und Menschen, die sich
65 für deren Belange engagieren, ebenso der steigenden Anzahl an Angriffen auf Flüchtlings-
66 unterkünfte, fühlen sich derzeit viele zurück zum Beginn der 1990er Jahre versetzt. Die
67 flüchtlingsfeindliche Gewalt ist ebenso wie die Gewalt gegen Musliminnen und Muslime
68 nachweislich ab dem vierten Quartal 2014 deutlich angestiegen. Damit kann man einen
69 zeitlichen Zusammenhang zu den beginnenden Demonstrationen von Pegida und HoGeSa
70 sowie der rechtspopulistischen Hetze durch die AfD ziehen. Für das Jahr 2015 wurden von
71 der Polizei allein in NRW insgesamt 214 rechtsextremistisch motivierte Straftaten gegen

72 Geflüchtete und deren Unterkünfte registriert. Damit hat sich die Zahl im Vergleich zum
73 Vorjahr mehr als verachtfacht. Nur etwa ein Drittel dieser menschenverachtenden Taten
74 werden dabei von Personen aus dem organisierten rechtsextremen Spektrum begangen.
75 Das heißt auch, dass das Gewaltpotential viel größer ist als die Personenanzahl in rechts-
76 extremen Organisationen. Die von Rechtsextremen und Rechtspopulist*innen erzeugte
77 gesellschaftliche Stimmung gegen Migrant*innen und Geflüchtete dient als Legitimation
78 für diese Gewalttaten. Deshalb tragen alle demokratischen Parteien sowie die Medien die
79 Verantwortung, nicht mit dem Feuer zu spielen, sondern antidemokratischen und rechts-
80 populistischen Positionen eine klare Absage zu erteilen.

81 Der wachsenden Hetze stellen wir GRÜNE uns klar entgegen. Da wir wissen, dass sich
82 menschenverachtende Einstellungen gegenseitig bedingen und verstärken, ist das Eintre-
83 ten gegen flüchtlingsfeindliche Hetze auch ein Kampf gegen rassistische, antisemitische,
84 islamfeindliche, antiziganistische und andere menschenfeindliche Einstellungen. Es muss
85 eine konsequente Strafverfolgung stattfinden, um Taten aufzuklären und die Täter*innen
86 zur Verantwortung zu ziehen. Auch wenn die NSU-Untersuchungsausschüsse in Land und
87 Bund ihre Arbeit noch nicht beendet haben, ist schon jetzt deutlich, dass Wissen und
88 Fachkompetenz zum Themenkomplex Rechtsextremismus ebenso wie eine interkulturel-
89 le Öffnung der Ermittlungsbehörden dringend notwendig sind. Neben dem Bereich der
90 Repression bedarf es wirksame und nachhaltige Maßnahmen im Bereich der Präventions-
91 arbeit und des Opferschutzes. Diese haben wir in den letzten Jahren durch die Einrichtung
92 von zwei Beratungsstellen für Opfer rechter und rassistischer Gewalt, durch die Stärkung
93 der Mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus und die Aufnahme des zivilge-
94 sellschaftlichen Aussteigerprogramms NINA in die Landesförderung deutlich ausgebaut.
95 Derzeit wird das integrierte Handlungskonzept gegen Rassismus und Rechtsextremismus
96 erarbeitet.

97 Darüber hinaus wollen wir GRÜNE perspektivisch eine eigene Mobile Beratung zum The-
98 menkomplex Rechtsextremismus, Alltagsrassismus und Diskriminierung im Sport einrich-
99 ten. Der Sport hat eine wichtige gesellschaftliche Verantwortung, nicht zuletzt da er eine
100 wichtige Rolle bei der Integration spielt. Die Mobile Beratung sollte im Sport selbst an-
101 gesiedelt sein, um ansprechbar für die Vereine zu sein und diese vor Ort zu stärken.

102 Grundsätzlich ist und bleibt Bildung ein entscheidender Schlüssel im Kampf gegen ras-
103 sistische Einstellungen: In den verschiedenen Bildungsinstitutionen wird von vielen En-
104 gagierten aufgeklärt sowie Demokratie- und Gestaltungskompetenz entwickelt. Innerhalb
105 der Demokratiebildung, die wir, ebenso wie Bildung für Nachhaltigen Entwicklung (BNE)
106 stetig weiter stärken, übernehmen Schulen wesentliche Verantwortung und setzen durch
107 Projekte wie "Schule ohne Rassismus" spürbare Akzente. Nur wenn von klein auf eine
108 demokratische, vielfältige Gesellschaft als erstrebenswertes Gesellschaftsmodell und Be-
109 reicherung für jeden einzelnen erfahren wird, kann dies auch gelebt werden. Dem Rechts-
110 extremismus kann so aktiv entgegengewirkt werden.

111 Zudem machen wir uns für eine perspektivisch bessere Untersuchung und Dokumentati-
112 on menschenverachtender Einstellungen und rechtsextremer Aktivitäten im Land NRW
113 stark. Dazu wollen wir ein unabhängiges und wissenschaftliches Monitoring einführen,
114 dass sowohl bei der Überprüfung der Wirksamkeit und Nachhaltigkeit bestehender Maß-
115 nahmen als auch als Grundlage für die Ausrichtung der Arbeit gegen Rechtsextremismus
116 und Rassismus dienen kann!

117 Sicherheit in NRW

118 Die sexualisierten Übergriffe in der Silvesternacht in Köln haben das Vertrauen vieler
119 Menschen in den Rechtsstaat und in die Polizei geschwächt. Wir GRÜNE sind entsetzt
120 über diese Gewalt und verurteilen sie auf das Schärfste. In dieser Situation ist gemeinsames
121 Handeln aller demokratischen Kräfte gefordert: Es gilt, die Vorfälle in Köln weder zu
122 bagatellisieren, noch zu instrumentalisieren. Der im Landtag eingesetzte parlamentarische
123 Untersuchungsausschuss muss rückhaltlos, transparent und konsequent für Aufklärung des
124 Geschehens in Köln und den Ursachen für den unzureichenden Polizeieinsatz sorgen, damit
125 für die Zukunft Verbesserungen umgesetzt werden können.

126 Der gewaltbereite Salafismus ist für die Sicherheit und Demokratie in NRW eine ernstzu-
127 nehmende Gefahr. Bereits seit einigen Jahren beobachten wir einen verstärkten Zulauf zu
128 salafistischen Netzwerken. Die Behörden gehen bundesweit von etwa 7.900 Anhängerinnen
129 und Anhängern des verfassungsfeindlichen Salafismus aus, davon etwa 2.250 Personen in
130 Nordrhein-Westfalen. Dass von diesem Personenkreis eine ernstzunehmende Gefahr aus-
131 geht, haben nicht zuletzt die menschenverachtenden Attentate von Paris, Ankara und
132 Beirut gezeigt. Neben der konsequenten Gefahrenabwehr und Strafverfolgung steht die
133 Präventionsarbeit im Kampf gegen den gewaltbereiten Salafismus im Mittelpunkt. Da-
134 her begrüßen wir den Aufbau weiterer Wegweiser Beratungsstellen, die bereits über 2.700
135 Beratungsfälle zählen und in zahlreichen Fällen einen Einstieg in die salafistische Sze-
136 ne verhindern konnten. Dabei ist eine Vernetzung mit unterschiedlichen Akteuren u.a.
137 in Schule, Jugendhilfe, Polizei und nicht zuletzt in muslimischen Gemeinden von zentra-
138 ler Bedeutung. Die muslimischen Verbände, Theolog*innen und andere Persönlichkeiten
139 aus der muslimischen Community die sich gegen den gewaltbefürwortenden Salafismus
140 aussprechen, sind wichtige Kooperationspartner*innen in der Präventionsarbeit.

141 Wir GRÜNE stehen für eine wirksame Politik zur Aufrechterhaltung der Inneren Sicher-
142 heit. Weder im öffentlichen Raum, noch zu Hause oder im Internet sollten Menschen sich
143 unsicher fühlen müssen. Drohungen oder sogar Übergriffe dürfen nicht unwidersprochen
144 bleiben und müssen verfolgt werden. Dabei setzt GRÜNE Sicherheitspolitik nicht erst bei
145 der Strafverfolgung an, sondern steht für eine Stärkung sozialer Maßnahmen wie Aufklä-
146 rungsarbeit, Präventionsmaßnahmen und auch Integrationspolitik als wirksame Wege.

147 Als liberale Rechtsstaatspartei halten wir unsere Grundrechte hoch und verteidigen sie.
148 Innere Sicherheit muss durch wirksame Maßnahmen durchgesetzt werden, nicht durch das
149 Rütteln an Eckpfeilern unseres Rechtsstaats, wie Persönlichkeitsrechten, der Unschulds-
150 vermutung, fairen Gerichtsverfahren oder dem Grundrecht auf Asyl und der Genfer Kon-
151 vention.

152 Wir stellen uns gegen eine populistische Vermischung von sicherheitspolitischen und asyl-
153 bzw. integrationspolitischen Maßnahmen. Asylrechtsverschärfungen, oft zudem rein sym-
154 bolisch aufgeladen, sind keine Antwort auf die aktuelle Situation. Solche Maßnahmen
155 bleiben wirkungslos und schaden den vielen Menschen, die bei uns Schutz suchen. Statt
156 mit Vorverurteilungen ganze Gruppen unter Generalverdacht zu stellen, müssen sachlich
157 und sorgfältig Probleme aufgearbeitet und Täter bestraft werden.

158 Für uns GRÜNE ist klar: Eine gut ausgestattete und hoch qualifizierte Polizei ist der
159 Garant für Rechtsstaatlichkeit und stärkt die Innere Sicherheit. Die Polizei als Trägerin

160 des Gewaltmonopols des Staates muss in der Lage sein, ihre Schutzfunktion für alle Men-
161 schen wahrzunehmen, ohne unverhältnismäßig in die Grundrechte der bzw. des Einzelnen
162 einzugreifen. In den vergangenen Jahren haben wir in NRW die personelle Ausstattung
163 der Polizei deutlich gestärkt. Während wir im Jahr 2011 noch 1.400 Kommissarsanwär-
164 ter*innen eingestellt haben, liegen die Einstellungszahlen im Jahr 2016 bei 1.920 ange-
165 henden Polizeibeamt*innen. Damit stellen wir so viele Polizeibeamt*innen ein wie seit
166 Jahrzehnten nicht mehr und vergrößern derzeit den Personalkörper der Polizei, da mehr
167 Polizeibeamtinnen eingestellt als pensioniert werden. Dieser eingeschlagene Weg wird von
168 uns GRÜNEN ausdrücklich unterstützt.

169 Nach der Kölner Silvesternacht hat die rot-grüne Landesregierung beschlossen 500 Poli-
170 zeibeamt*innen zusätzlich an den Kriminalitätsbrennpunkten der Ballungsräume einzu-
171 setzen. Auch die Gewaltprävention muss im Rahmen einer noch intensiveren Kooperati-
172 on zwischen Schule, Polizei, Justiz und Jugendhilfe verbessert und ausgeweitet werden.
173 Wichtig ist, dass Straftaten schnell geahndet werden, damit Handlung und Strafe in einem
174 Zusammenhang stehen. Deshalb setzen wir auf besonders beschleunigte Verfahren, wie sie
175 die Strafprozessordnung bereits vorsieht.

176 Der falsche Weg, um Vertrauen zurück zu gewinnen, sind reflexartige Beschlüsse und Maß-
177 nahmen von rein symbolischem Wert. Stattdessen gilt es fallbezogen abzuwägen, welchen
178 Mehrwert konkrete Maßnahmen für den Schutz von Bürger*innen und für die Handlungs-
179 fähigkeit der Ordnungskräfte haben.

180 Zu den häufig reflexhaft geäußerten Forderungen gehört die anlassunabhängige und flä-
181 chendeckende Videobeobachtung, die wir GRÜNE auch weiterhin ablehnen. In NRW ist
182 auf Grundlage des Polizeigesetzes eine Videobeobachtung des öffentlichen Raumes nur
183 unter engen Voraussetzungen gestattet: Wenn ein Kriminalitätsschwerpunkt vorliegt, an
184 dem die Kriminalität ortsgebunden ist, d.h. es nicht zu Verdrängungseffekten kommt und
185 es prognostisch auch weiterhin Kriminalität geben wird. An diesen Orten kann Videobeob-
186 achtung zur Gefahrenabwehr eingesetzt werden, damit vorhandene Polizeikräfte schneller
187 am Einsatzort sind, weil sie von geschulten Polizeibeamt*innen dorthin gelotst werden,
188 die die Aufnahmen parallel am Bildschirm mitverfolgen. Derzeit gibt es in NRW nur in
189 wenigen Straßen in den Altstädten von Düsseldorf und Mönchengladbach eine polizeiliche
190 Videobeobachtung des öffentlichen Raumes. Unter den oben genannten Voraussetzungen
191 haben wir der Ausweitung der Videobeobachtung auf einen Bereich der Kölner Ringe
192 zugestimmt.

193 Auch dem Einsatz so genannter Bodycams, also kleiner Videokameras an der Polizeiaus-
194 rüstung, stehen wir skeptisch gegenüber. Ob diese Maßnahme eine bessere Eigensicherung
195 der Polizist*innen ermöglicht oder ob sie das Verhältnis zwischen Bürger*innen und Po-
196 lizei nachhaltig belastet und zu unverhältnismäßigen Eingriffen in die Grundrechte führt,
197 ist noch nicht abschließend geklärt.

198 Nur wenn es nachweislich einen Sicherheitsgewinn für die Polizeibeamtinnen und -beamte
199 durch Bodycams gibt und strengste bürgerrechtliche Vorgaben gelten, ist ein verhältnis-
200 mäßiger Einsatz von Bodycams auch bei der Polizei NRW vorstellbar.

201 Hierzu gehört, dass der Einsatz nur an Kriminalitätsschwerpunkten zur Eigensicherung
202 der Beamt*innen stattfinden darf, die Daten verschlüsselt aufgezeichnet werden müssen
203 und die Auswertung nur durch unabhängige Dritte erfolgen darf. Zudem muss es eine

204 Möglichkeit geben, dass betroffene Bürger*innen im Bedarfsfall Zugang zu den Aufzeich-
205 nungen erhalten.

206 **Vertrauen zwischen Bürger*innen und Polizei stärken**

207 Ein zentrale Pfeiler unseres Rechtsstaates ist das Vertrauen in die Fähigkeit der Poli-
208 zei, Straftaten zu verhindern und Kriminalität zu bekämpfen. Polizeibeamt*innen sind
209 Vertreter*innen des Staates und werden in dieser Rolle wahrgenommen. Deshalb müssen
210 sie im Dienst den Bürger*innen offen gegenüber treten. Die individuelle Erkennbarkeit
211 ist ein nicht zu unterschätzendes Symbol für Offenheit und Deeskalation. Schon heute
212 tragen viele Polizeibeamt*innen im Streifendienst freiwillig ihr Namensschild, um für die
213 Bürger*innen ansprechbar zu sein. Bei Demonstrationen und anderen Großeinsätzen, bei
214 denen in der Regel Kräfte der Bereitschaftspolizei eingesetzt sind, kommt es immer wieder
215 zu Vorwürfen gegen die Polizei. Um diesen offen und transparent begegnen zu können,
216 wollen wir GRÜNE eine eindeutige Identifizierung der einzelnen Beamt*innen erleichtern.
217 Wir GRÜNE erkennen an, dass es seitens einzelner Polizeibeamt*innen Vorbehalte gegen
218 diese verpflichtende individualisierte Kennzeichnung gibt und sich viele unter Generalver-
219 dacht gestellt sehen oder, durch ihre Identifizierbarkeit, sogar Angriffe auf ihre Person
220 oder ihre Familien befürchten. Für uns GRÜNE ist der Schutz der Persönlichkeitsrechte
221 von Polizeibeamt*innen ein hohes Gut. Durch eine anonymisierte Kennzeichnung werden
222 wir dem persönlichen Schutzbedürfnis der Beamt*innen Rechnung tragen. In NRW haben
223 wir GRÜNE in der rot-grünen Koalitionsvereinbarung erreicht, dass eine individualisierte
224 Kennzeichnung durch die Erweiterung der schon bestehenden Ziffernfolge von Polizeibe-
225 amt*innen in geschlossenen Einheiten eingeführt wird. Dieser Schritt muss noch in dieser
226 Legislaturperiode gesetzlich umgesetzt werden.

227 Mit der Einführung eines dezentralen Beschwerdemanagements in den Polizeibehörden
228 durch die rot-grüne Landesregierung sind in NRW einheitliche Standards und Handlungs-
229 vorgaben gegeben, welche eine sachgerechte Bearbeitung von Eingaben und Beschwerden
230 gewährleisten sollen. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass das Beschwerdemanagement
231 auf Landesebene weiterentwickelt wird, um neben einer objektiven Einzelfallbearbeitung
232 frühzeitig strukturell bedingte Fehlentwicklungen erkennen und bearbeiten zu können.
233 Ein/e Polizeibeauftragte*r auf Landesebene – unabhängig von Weisungen des Innenmi-
234 nisteriums und gewählt vom Parlament – für Fragen, Beschwerden und Eingaben von
235 Polizeibeamt*innen und Bürger*innen – ist aus unserer Sicht eine notwendige Ergän-
236 zung, um mehr Transparenz und Bürgernähe herzustellen. Eine solche Stelle könnte auch
237 als Schlichtungsstelle zwischen Polizeibeamt*innen und Bürger*innen fungieren und so
238 einen Täter-Opfer-Ausgleich ermöglichen. Vorwürfe können dann geprüft, Konfliktfälle
239 wirkungsvoll aufgearbeitet und erneute Vorfälle vermieden werden. Zudem wird es die
240 Aufgabe einer bzw. eines Polizeibeauftragten sein, Verbesserungsvorschläge aus Sicht der
241 Polizei in den politischen Raum einzubringen.

Hatespeech bekämpfen – Grundrechte im digitalen Zeitalter wahren

Tagtäglich wird Gewalt im Internet erfahrbar. Sie zeigt sich als Hetze gegen Geflüchtete, Journalist*innen, (Kommunal-)Politiker*innen, Feminist*innen, Minderheiten, religiöse Gruppierungen und engagierte Menschen. Drohungen, Volksverhetzung und Mordaufrufe sind mittlerweile an der Tagesordnung. Gesellschaft und Staat müssen sich dem stärker entgegenstellen, widersprechen, anzeigen und entsprechende Vorfälle konsequent verfolgen und die Täter*innen zur Verantwortung ziehen. Hier geht es nicht um Bagatellen, sondern um Straftaten.

Einfache Antworten und Patentlösungen gibt es nicht. Mit dem „Notice and Take Down Verfahren“ – der Benachrichtigung über strafbare oder nicht mit den Grundsätzen der Plattformen vereinbaren Inhalten und der Aufforderung zur Herunternahme – gibt es ein etabliertes Verfahren, welches aktuell auch auf GRÜNEN Druck hin von großen Anbietern ausgebaut wird. Zudem gibt es im Rahmen des Jugendschutzes entsprechende Beschwerde- und Kontrollstrukturen, deren Effizienz und Zusammenarbeit wir verbessern wollen.

Symbolischen Verschärfungen und Einschränkungen von grundlegenden Rechten treten wir entgegen. Einschränkungen der Meinungs- und Informationsfreiheit, des Rechts auf Anonymität und des Schutzes von Persönlichkeitsrechten, erteilen wir GRÜNEN eine klare Absage.

Ebenso, wie Meinungsfreiheit nicht Widerspruchsfreiheit bedeutet, ist für uns Anonymität keine Entlassung aus der eigenen Verantwortung. Daher werden wir uns sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die technische und personelle Ausstattung der Strafverfolgungsbehörden dem digitalen Zeitalter entspricht und eine effektive Strafverfolgung ermöglicht wird. Deshalb werden wir dafür sorgen, dass Möglichkeiten zur Meldung und Anzeige von entsprechenden Inhalten bei der Polizei, z.B. über das Internet, ausgebaut und vereinfacht werden. Zudem prüfen wir, inwieweit die Einrichtung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften und eine verbesserte Zusammenarbeit mit dem Landeskriminalamt (LKA) sinnvoll ist. In diesem Zusammenhang sollte an die guten Erfahrungen mit dem Cybercrime Kompetenzzentrum des LKA angeknüpft werden. Die technischen Fähigkeiten und Schulungsmöglichkeiten wollen wir regional zentriert in NRW ausbauen. Außerdem wollen wir eine gemeinsame landesweite Kampagne mit der Landesanstalt für Medien NRW (LfM) und den beteiligten Unternehmen starten, um zur Aufklärung über die Thematik Hatespeech und zur Sensibilisierung der Internetnutzer*innen beizutragen.

Auf Bundesebene werden wir uns dafür einsetzen, dass nicht länger toleriert wird, wenn sich Anbieter weigern, entsprechende Inhalte unmittelbar nach Kenntnisnahme zu prüfen und ggf. zu löschen, wie es den rechtlichen Vorgaben in Deutschland und Europa entspricht.

Wir sind besorgt darüber, dass die Große Koalition „Sicherheit im Internet-Zeitalter“ rein restriktiv begreift und immer wieder Persönlichkeitsrechte einschränken will. Sowohl in Deutschland als auch auf EU-Ebene ist es verankertes Recht, Telemedienangebote anonymisiert und pseudonymisiert nutzen zu können. Hier darf es keine Einschränkungen geben. Auch den Ruf nach weiteren Einschnitten in unsere Grundrechte aus Reihen von CDU/CSU und SPD stellen wir uns entgegen:

285 Die erneute Einführung der Vorratsdatenspeicherung war ein bürgerrechtlicher Damm-
286 bruch. Als GRÜNE in NRW haben wir uns immer gegen diesen Schritt ausgesprochen
287 und aktiv verhindert, dass es weitere Zugriffsmöglichkeiten für NRW-Behörden auf die er-
288 hobenen Daten gibt. Auf europäischer Ebene droht mit der Einführung des massenhaften
289 Austauschs von Fluggastdaten nun ein weiterer tiefgehender Einschnitt in Grundrechte,
290 den wir ablehnen und dem im Rahmen unserer Möglichkeiten entgegentreten.

291 Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN NRW gilt weiterhin und gerade jetzt: Sicherheit darf
292 in keinem Fall durch eine unverhältnismäßige Einschränkung von Freiheitsrechten erkauf-
293 werden. Denn wer Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen, wird am Ende beides
294 verlieren.

Antragsteller*innen

Landesvorstand